

Die Stimme

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Stimme“ beträgt für In- u. Auslands-
besteller 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brahestr. (Neubau).
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Junger Krede zum Ganzen und laßt Du selber kein Ganzes werden
••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an •••••

Inserate: Die 6spalt. Preistabelle wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postfachkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Ein Unternehmervorstoß unter Vertragsbruch.

Die reaktionären Bestrebungen des deutschen Unternehmertums traten in den letzten Monaten auf allen Gebieten in sichtbarer Erscheinung. Nicht nur, daß es dem deutschen Arbeiter den Lebensunterhalt bis zur Hungergefahr beschneidet, der größte Scharfmacher in der Beschäftigung des Achtstundentages ist, schädigt es auch absichtlich die geschwächte deutsche Wirtschaft. Zu denen, die die Vorkämpfer zu unternehmen haben, gehören neben anderen Industrien auch die Unternehmerscharmacher der feinkeramischen Industrie.

Eine Anzahl von ihnen trat im vergangenen Jahr durch Betriebsbeschränkungen gegen die dringenden notwendigen Steuerpolitik des Reiches auf, andere ließen die Produktion in der Frage der Arbeitszeit stören. Kaum war das vorüber, kam ein Druck auf die ohnehin knappen Löhne. Als jedoch selbst das verarmte und mittellose Reich zu Lohn- und Gehaltserhöhungen schreiten mußte, um seine Beamten und Arbeiter nicht verhungern zu lassen, ging auch der Industrie teilweise ein Seifenleder auf, daß sie ihre Arbeiter nicht entkräften lassen dürfe. Kaum griff die Einsicht Platz, so kam die Anweisung der allmächtigen Industriezentrale, aus politischen Gründen dem Volke und Reich Schwierigkeiten zu machen und die Lasten des Sachverständigenutachtens auf die Schultern der arbeitenden Volksmassen abzuwälzen.

Die „Wirtschaftsretter“ lassen wieder, diesmal unter der Parole „Kreditnot“, ihre Betriebe stehen und werfen die Belegschaften auf die Straße, denn es gilt für sie, ihren gesundheitlichen Geldbeutel zu retten. Da dürfen doch die Ausgewählten der feinkeramischen Industrie nicht fehlen. Sie müssen sich doch bei diesem Rennen wieder die Sporen verdienen.

Wie wir schon in der vorigen Nummer darauf hinwiesen, ist diesmal neben der Porzellanfabrik Kahla, A.-G., hauptsächlich ein Teil schlesischer Unternehmer am Werk, durch Wirtschaftsabotage den Lohndruck und den Vertragsbruch durchzusetzen.

Mit welcher fadenscheinigen Gründen sie ihr Vorgehen belegen, mag die Deffentlichkeit aus dem Wortlaut des Schreibens des Verbandes der ostdeutschen Porzellanfabriken, Sitz Waldenburg in Schlesien, erkennen. Es lautet:

Verband ostdeutscher Porzellanfabriken
Sitz Waldenburg in Schlesien.
Waldenburg, den 28. Juni 1924.
Sandstr. 4.
Einschreiben.

Betr.: Reichstarifvertrag zwischen dem Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie und dem Verband der Porzellan- und verw. Arbeiter und Arbeiterinnen.

Am 14. Juni 1924 hat der Thüringische Schlichter, Ministerialrat Dr. Hauschild, in einer Lohnstreitigkeit zwischen den oben bezeichneten Verbänden einen Schiedsspruch gefällt, der den Tariflohn der Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen ausnahmslos erhöht, in einzelnen Fällen erreicht diese tarifliche Veränderung der Löhne eine Erhöhung von 25 Proz.

Die schlesischen Mitglieder des Arbeitgeberverbandes der deutschen feinkeramischen Industrie haben diesen Schiedsspruch von Anfang an bekämpft, weil sie der Überzeugung sind, daß diese neuerliche Lohnerhöhung für die schlesischen Fabriken unserer Industrie nicht tragbar ist, sondern in Konsequenz dessen die einzelnen Fabriken zur Stilllegung der Betriebe zwingt.

Trotzdem hat der Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie den Schiedsspruch mit einer Mehrheit angenommen; dabei ist zu berücksichtigen, daß ein großer Teil der Mitglieder, die den Schiedsspruch angenommen haben, durch die Erhöhung der Tariflöhne nicht betroffen werden, weil sie infolge der Sonderheit der örtlichen Verhältnisse bislang schon höhere Effektivlöhne hatten, als die im Tarif vorgeschriebenen.

Die schlesischen Fabriken, die nachstehend einzeln aufgeführt sind und die dem unterzeichneten Vorsitzenden des Verbandes ostdeutscher Porzellanfabriken mit ihrer Vertretung beauftragt haben, haben dem Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie ihren Austritt erklärt und müssen, weil sie nicht imstande sind, den in Rede stehenden Schiedsspruch zu erfüllen. Die Erfüllung des Schiedspruches würde für die einzelnen Werke eine Belastung mit Mehrgehältern bis zu 15 Proz. der bisher bezahlten Lohnsummen bedeuten. Da sämtliche schlesische Fabriken nachweisbar bereits seit Monaten nicht nur ohne Gewinn, sondern ein Teil von ihnen sogar mit neuem Wertverlust arbeiten, ist es für sie unmöglich, die neue Lohnerhöhung auf sich zu nehmen, zumal eine Erhöhung der Verkaufspreise aus dem Arbeitsministerium bekannten Gründen und in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage in absehbarer Zeit ausgeschlossen ist.

Vergeblich haben die schlesischen Fabriken den Arbeitgeberverband bei den Verhandlungen sowohl, als auch bei der Aussprache über die Ablehnung oder Annahme des Schiedspruches darauf hingewiesen, daß bei ihnen andere Verhältnisse obwalten als bei den bayerischen und thüringischen Fabriken, und daß für sie eine weitere Lohnerhöhung untragbar sei. Die Verhältnisse der schlesischen Industrie unterscheiden sich zu ihrem Nachteil im wesentlichen von den Verhältnissen in Bayern und Thüringen dadurch, daß die schlesischen Fabriken, mit einer einzigen Aus-

nahme, Stachelporzellan und Stachelsteingut erzeugen und infolgedessen nur einen Teil der Beträge daraus erlösen, die die vornehmlich in Oberfranken und Thüringen sitzenden Qualitätsfabriken für ihre Ware bekommen. Des weiteren spricht zuungunsten der schlesischen Porzellanfabriken die Tatsache mit, daß ihre Arbeiter nachgewiesenermaßen in ihren Durchschnittsleistungen den bayerischen und thüringischen Porzellanarbeitern, welche letztere aus Familien und Bezirken stammen, wo das Porzellanhandwerk seit mehr als 100 Jahren ausgeübt wird, nicht gleichkommen. So ist es zu erklären, daß in Bayern und Thüringen dieselben Löhne, die für Schlesien untragbar sind, scheinbar noch getragen werden können. Andererseits nehmen die schlesischen Porzellanfabriken für sich in Anspruch, daß sie in den Zeiten sowohl der Inflation als auch der wirtschaftlichen Krise alles getan haben, um ihre Arbeiter zufriedener zu stellen; die vereinzelten Streiks und kleineren Aussperrungen während der Dauer der Lohnkämpfe geben hierfür ein bereites Zeugnis.

Nach der festen Überzeugung der schlesischen Porzellanfabriken hat auch kein schlesischer Arbeiter auf eine Lohnerhöhung, wie sie der Weimarer Schiedsspruch vorsieht, gerechnet, vielmehr waren unsere Arbeiter mit den gegenwärtigen Löhnen, die, wie ausdrücklich hervorgehoben werden kann, zu den guten schlesischen Löhnen gehören, zufrieden. Außer den Bauarbeitern, die in jeder Beziehung nicht mit der Industrie vergleichbar sind, zählt die Porzellanindustrie in Schlesien heute noch die höchsten Löhne.

Dies alles vorausgeschickt, bitten die schlesischen Porzellanfabriken das Reichsarbeitsministerium, bei eventuellen Anträgen der Vertragsparteien bei Verbindlichkeitsklärung ihre Interessen zu wahren und in sofortige Verhandlungen darüber einzutreten, die schlesischen Porzellanfabriken aus dem für sie nunmehr nicht mehr tragbaren Reichslohntarif herauszunehmen und für diesen Bezirk besondere Lohnabmachungen zu treffen. Da es sich um Fabriken handelt, die nahezu 8000 Arbeiter beschäftigen und die Fabriken, falls das Reichsarbeitsministerium ihnen entgegenkommt, trotz der unangünstigen Konjunktur unserer Industrie, versuchen werden, ihre Betriebe weiterhin aufrechtzuerhalten, liegt ein öffentliches Interesse vor.

Sollte das Reichsarbeitsministerium jedoch nicht in der Lage sein, dem Wunsche der Porzellanfabriken zu entsprechen, so müßten diese, dem Zwange der Verhältnisse folgend, ihre Anlagen stilllegen, weil sie mit diesen neuen Löhnen aus den vorgebrachten Gründen nicht weiter arbeiten können.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Verband ostdeutscher Porzellanfabriken e. V.
(Unterschrift.)

- Nachstehend die einzelnen Fabriken:
- Majolikafabrik Krause, Schweidnitz.
 - Porzellanfabrik Franz Krause, G. m. b. H., Nieder-Salzbrunn.
 - Porzellanfabrik Herm. Dym, Nieder-Salzbrunn.
 - Porzellanfabrik Königszelt, Königszelt.
 - Porzellanfabrik C. Tiesch & Co., A.-G., Waldenburg-Altwasser.
 - Porzellanfabrik Gebr. Bohl, Schmiedeberg i. Nsbg.
 - Porzellanfabrik Bing, Glas und Keramik, Freiwalbau i. Schles.
 - Porzellanfabrik C. Steinmann, Tiefenfurt i. Schles.
 - Porzellanfabrik Striegau, A.-G., Stanowitz, Kr. Striegau i. Schles.
 - Porzellanfabrik Josef Schachtel, A.-G., Charlottenbrunn i. Schles.
 - Krister Porzellanindustrie, A.-G., Waldenburg i. Schles.

An das Reichsarbeitsministerium, Berlin.
Dieses und von der Reichsarbeitsverwaltung übermittelte unwahre Dokument ließ unsere Verbandsleitung selbstverständlich nicht unbeantwortet. Sie unterbreitete der Reichsarbeitsverwaltung folgende Darlegungen:

Charlottenburg, den 15. Juli 1924.
An den
Herrn Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung
Berlin.

Zgb.-Nr. IV 1322/361.
Betr. Reichstarifvertrag der Deutschen Feinkeramischen Industrie.

Ihrem durch Zuschrift vom 10. Juli 1924 übermittelten Wunsche kommen wir gerne nach und nehmen hiermit zu dem uns in Abschrift zugestellten Einspruch des Verbandes Ostdeutscher Porzellanfabriken, Sitz Waldenburg in Schlesien, Stellung.

Vor allem ist darauf zu verweisen, daß der Einspruch nach Abreise und Tenor nicht als ein solcher gegen den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitsklärung zu betrachten ist, sondern als ein solcher gegen die Verbindlichkeitsklärung. Ein Einspruch gegen die Verbindlichkeitsklärung aber ist überholt und hinfällig, weil die am Reichstarifvertrag für die deutsche feinkeramische Industrie beteiligten Organisationen beiderseitig durch Erklärung vom 23. Juni 1924 den am 14. Juni 1924 unter Vorbehalt des Reichsarbeitsministeriums bestellten Schlichter, Herrn Ministerialrat Dr. Hauschild, gefällten Lohnschiedsspruch angenommen haben. Der Lohnschiedsspruch, gegen dessen Verbindlichkeitsklärung sich der Einspruch richtet, ist also durch Parteizustimmung Vertrag geworden. Wir haben besonders hervor, daß der Arbeitgeberverband für die deutsche feinkeramische Industrie die Zustimmung zu diesem Schiedssprache Vorbehalte und Einschränkungen gegeben hat, also zweifelsohne für seine gesamten Mitglieder. Da die in dem Einspruch angeführten feinkeramischen Firmen Mitglieder des Arbeitgeberverbandes für die deutsche feinkeramische Industrie zur Zeit des Schiedspruches und auch noch zur Zeit des Austrittes der Unterwerfungserklärungen waren, galt die Erklärung der Leitung des Arbeitgeberverbandes auch für diese. Die Firmen sind also nicht nur Teilnehmer des Reichstarifvertrages (Mantel) für die deutsche feinkeramische Industrie, sondern auch Teilnehmer des nunmehr von

ihnen bekämpften Lohnvertrages. Dessen sind sie sich bestimmt bewußt; denn sie waren noch an der Beratung des Arbeitgeberverbandes, bei der die Zustimmung zum Schiedsspruch beschlossen worden ist, beteiligt. Von dem beabsichtigten Austritt aus dem Arbeitgeberverband wurde unserer Organisationsleitung erst mehrere Tage nach dem Austausch der beiderseitigen Annahmeerklärungen Kenntnis gegeben. Nach unseren Informationen ist auch der Beschluß auf Austritt aus dem Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie von den ostdeutschen Porzellanfabriken erst gefaßt worden, nachdem sie nicht mehr im Zweifel darüber sein konnten, daß die Leitung der Arbeitgeberverbände für sie mit dem Schiedsspruch bereits zugestimmt hatte. Der an das Reichsarbeitsministerium gerichtete Einspruch gegen die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches kann aus diesen Gründen von uns nur als ein Versuch gewertet werden, eine Reichsbehörde zur Abänderung eines rechtsgültig abgeschlossenen gegenseitigen Vertrages zu mißbrauchen.

Trotzdem aus vorstehenden Gründen der Einspruch der ostdeutschen Porzellanfabriken auf den von den beiderseitigen Vertragsparteien gestellten Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitsklärung keinen Einfluß haben kann, halten wir es doch für angebracht, auch auf die zur Begründung des Einspruches angeführten Details etwas einzugehen. Das ist schon deshalb notwendig, weil die aufgestellten Behauptungen nicht nur tendenziös, sondern teils direkt wahrheitswidrig sind und wir Wert darauf legen, daß die Reichsarbeitsverwaltung richtig informiert wird.

Es ist irreführend, wenn behauptet wird, daß sich die Verhältnisse der schlesischen Industrie zu ihrem Nachteil im wesentlichen von den Verhältnissen in Bayern und Thüringen dadurch unterscheiden, daß die schlesischen Fabriken mit einer einzigen Ausnahme Stachelporzellan und Stachelsteingut erzeugen und infolgedessen nur einen Teil der Beträge daraus erlösen, die die vornehmlich in Oberfranken und Thüringen sitzenden Qualitätsfabriken für ihre Ware bekommen. Dazu ist festzustellen, daß es in Bayern und Thüringen mehr Betriebe gibt, die lediglich Stachelporzellan herstellen, als in Schlesien, und auch die Arbeiterzahl dieser Betriebe ist insgesamt mehrfach größer als die der schlesischen. Für Stachelporzellanwaren kommen hauptsächlich die Betriebe in Mittel-, Ost- und Norddeutschland und Sachsen in Frage, von denen unbestreitbar behauptet werden kann, daß sie gegenüber der schlesischen Steinzeugproduktion erdrückend überwiegende Bedeutung haben.

Die in dem Einspruch gemachte Angabe, es würden in den schlesischen für den Lohnvertrag in Frage kommenden Betrieben „nahezu 8000 Arbeiter“ beschäftigt, ist nicht zutreffend. Richtig ist, daß die den Einspruch zeichnenden Firmen jetzt ca. 6000 Arbeiter beschäftigen. Andere schlesische Betriebe mit ca. 1700 Beschäftigten führen das durch Schiedsspruch ausgelöste Lohnabkommen durch.

Auch die Behauptung, daß weiter zuungunsten der schlesischen Porzellanfabriken die Tatsache mißspreche, daß ihre Arbeiter nachgewiesenermaßen in ihren Durchschnittsleistungen den bayerischen und thüringischen Porzellanarbeitern, welche letztere aus Familien und Bezirken stammen, wo das Porzellanhandwerk seit mehr als 100 Jahren ausgeübt wird, nicht gleichkommen, ist nicht zutreffend. Die schlesischen Betriebe verfügen ebenfalls über einen schon sehr alten und geschulten Stamm Porzellanarbeiter, die in ihren manuellen Leistungen sich mit den Arbeitern der anderen feinkeramischen Industriebezirke messen können. In dieser Verbindung muß besonders betont werden, daß auch in den schlesischen Betrieben in der Nachkriegszeit die manuellen Leistungen gegenüber der Vorkriegszeit stark gesteigert worden sind, so daß trotz der Verkürzung der Arbeitszeit noch weit höhere Leistungen als in der Vorkriegszeit erreicht werden.

Weiter müssen wir hervorheben, daß für die schlesischen Betriebe eine nachteilige Produktions- und Gewinnmöglichkeit schon deshalb nicht behauptet werden kann, weil die Beschaffung von Rohle und Rohmaterialien für sie günstiger liegt als für andere ebenfalls nur Stachelware herstellende Porzellan- und Steinzeugbetriebe. Der Bezug schlesischer Rohle stellt sich für die schlesischen feinkeramischen Betriebe billiger als für die anderen Betriebe des Reiches, ebenso der Bezug von Rohmaterialien aus Böhmen. Auch die überwiegende Beschäftigung von Frauen und Mädchen bringt die schlesischen Betriebe gegenüber vielen anderen Stachelwarenbetrieben in Vorteil. In den schlesischen Betrieben werden neben ca. 2000 männlichen Arbeitern ca. 4000 weibliche Arbeiter beschäftigt (Verhältnis der Männer zu den Frauen 1:2). Dagegen ist in der gesamten feinkeramischen Industrie Deutschlands das Verhältnis von Männern zu Frauen ungefähr 3:2.

Durch unsere Darlegungen glauben wir genügend begründet zu haben, daß die beantragte Allgemeinverbindlichkeitsklärung durch einen Einspruch der ostdeutschen Porzellanfabriken nicht beeinträchtigt werden kann, weil 1. die rechtlichen Voraussetzungen zu einem solchen Einspruch nicht gegeben sind und 2. auch ausschlaggebende wirtschaftliche Gründe nicht angeführt werden können. Wir bitten daher die Reichsarbeitsverwaltung, die Allgemeinverbindlichkeitsklärung baldmöglichst zu publizieren, damit infolgedessen auch noch die wenigen Arbeiterbetriebe in der feinkeramischen Industrie rechtlich gezwungen werden, die gleichen Lohnverpflichtungen auf sich zu nehmen, die ohne weiteres schon durch die Zustimmung zum Lohnschiedsspruch vom 14. 6. 24 für alle Mitgliedsfirmen des Arbeitgeberverbandes unter Einschuß der schlesischen Betriebe bestehen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
H. A. Karl.

Aus dem Schriftwechsel ist zu ersehen, daß die Unternehmer vor nichts zurückschrecken, wenn sie ihren Machtpunkt durchdrücken wollen.

Wie lächerlich die Ausrede der schlesischen Unternehmer ist, sie könnten die Löhne nicht zahlen, läßt sich daraus erkennen, daß drei größere Konzerne mit an dem Streich beteiligt sind, deren Belegschaften in anderen Bezirken ohne weiteres die Löhne erhalten, die nun auch für Schlesien vertraglich festgelegt sind. Die drei Konzerne werden es nun so machen, daß sie erst in Schlesien den Lohndruck versuchen; gelingt er, dann gehen sie in den ihnen gehörigen Betrieben anderer Bezirke vor. Das ist ihr Ziel, das sie bezwecken wollen.

Der feinkeramischen Arbeiterschaft (vor allem den als faul bezeichneten schlesischen Belegschaften) wird mit diesem brutalen Vorgehen gezeigt, was für sie auf dem Spiele steht. Sie muß daraus die Lehre ziehen, daß sie sich nur dagegen zu wehren vermag, wenn sie sich geschlossen in einer Organisationsgemeinschaft dagegenstellt.

Die Arbeiterschaft ist nicht machtlos, wenn sie einig ihre Kräfte zusammenfaßt; diese Lehre muß die gesamte Porzellanarbeiterschaft aus dem Vorkopf der Arbeitgeber ziehen. Darum haltet euren Verband intakt, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen der feinkeramischen Industrie, und wehrt euch energisch gegen den Gewaltakt der vorstoßenden Unternehmer.

Dawes-Gutachten und Arbeitnehmer-Interesse.

Von Professor Dr. Julius Hirsch.

II.

Wir bringen in mehreren Abhandlungen die Auffassungen des Staatssekretärs J. Prof. Dr. Julius Hirsch, Berlin, eines der besten Kenner des Sachverständigen-Gutachtens, und empfehlen sie jedem Kollegen und jeder Kollegin zum genauen Studium, denn das Gutachten mit seinen Auswirkungen wird viele Jahre hindurch mehr oder minder die Arbeiterklasse in besonderer Belastung. Was in den Hauptgrundzügen des Gutachtens niedergelegt ist, haben wir bereits in der vorhergehenden Nummer gebracht. Wir fahren mit der II. Abteilung fort.

Die Redaktion.

2. Annahme oder Ablehnung?

Hätte Deutschland die Wahl zwischen vorläufigen Lösungen, wie sie Rathenau zunächst für kürzere Frist vereinbart hatte, und dem Plan der Sachverständigen, so würde man sehr wahrscheinlich heute gern die Rathenau-Lösungen wählen. Die Wahl steht aber gar nicht mehr Rathenau-Lösungen, sondern Dawes oder Micum-System. Und nachdem dieses unglückselige, der Entente nicht sehr viel einbringende, Deutschland aber in unerträglicher Weise belastende System einmal da ist, ist für jeden vernünftigen Urteilenden eine Ablehnung des Dawes-Gutachtens ganz ausgeschlossen. Seine Voraussetzung ist zum mindesten die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit, und auf absehbare Zeit kostet es Deutschland als Ganzes nicht mehr, sondern weniger als dieses Drucksystem unter der Ruhrbesetzung, das außerdem Deutschland wirtschaftlich zerpaltet. Für die deutsche Arbeiterschaft in besonderer Weise ist aber offensichtlich, daß sie schon jetzt unter dem Micum-System in unerträglicher Weise leidet, weil die Unternehmer der Reparationsprovinzen auf sie und ihren Lohn diese Last weitgehend mit abgewälzt haben und weiter abzuwälzen versuchen, und weil sie trotzdem wegen dieser Lasten überhöhte Preise nehmen müssen, die Arbeiter also auch als Verbraucher dadurch bei den wichtigsten Rohstoffen, insbesondere bei der Kohle, schwersten geschädigt werden. Das Micum-System erzwingt neben anderen Umständen zu hohe Warenpreise in Deutschland, diese drücken die Ausfuhrmöglichkeit und machen unsere Handelsbilanz passiv, erhöht damit die Nachfrage nach Devisen. Deshalb bedroht das Micum-System, je länger desto mehr, die deutsche Währung mit neuer Erschütterung. Daß aber von einer neuen Inflation die Arbeiterschaft am schwersten getroffen werden würde, das hat Rathenau vor dem Sachverständigen-Komitee so eindringlich dargelegt, daß dieses die Ausführungen in der ganzen Welt verbreitet hat. Das Sachverständigen-Gutachten ablehnen, bedeutet vielleicht politische, aber jedenfalls nicht vernünftige und erst recht nicht nationale Politik. Es annehmen, bedeutet darum noch lange nicht den Verzicht auf schnellstmögliche Erreichung einer besseren Lösung, die durchaus möglich ist. Und die Annahme bedeutet erst recht nicht den Verzicht auf gerechtere Verteilung der Lasten in Deutschland selbst, als sie nach dem Schema des Sachverständigen-Gutachtens, das hier gerade die wichtigsten Wege noch offen läßt, sich hier automatisch zu ergeben scheint. Die Last steht nun fest. Das äußere Ziel muß sein, solche Formen zu finden, die sie möglichst zweckmäßig und schnell abbürdet, das innere aber: die Lasten nicht wieder einseitig auf die Lebenshaltung der breiten Massen abzuwälzen, wie es die bisherige Politik der Inflation in so unendlich leidvoller und bitterer Weise getan hat.

3. Wirkungen der Annahme des Gutachtens.

Aller Voraussicht nach wird die Annahme des Gutachtens schon recht bald gegenüber der heutigen Lage wesentliche Verbesserungen in der deutschen Wirtschaft zur Folge haben, wenn auch diese Verbesserungen nicht das von manchen erträumte Ausmaß erreichen, nicht einmal dasjenige, das eine gradlinige Fortführung der Politik Rathenau zur Folge gehabt hätte. Inbe-

sondere wird die Ein- und Durchführung einer echten Goldwährung gegenüber der jetzigen Wechsellagerung eine weit größere Sicherung vor neuer Inflation bedeuten und damit der gesamten Wirtschaft erst wieder den Boden für eine gesunde, dauerhafte Weiterentwicklung geben. Darüber hinaus darf aber nach einer gewissen Uebergangszeit eine wesentliche Besserung der Wirtschaft bezwungen erwartet werden, weil zunächst die Micumlasten wegfallen. Es ist zwar eine zu optimistische Meinung, wenn ein Kritiker glaubt, daß nicht nur diese Lasten wegfallen, sondern auch noch die 800 Millionen Goldmarkenleihe, die herinkommend, gewissermaßen der deutschen Volkswirtschaft zufallen. Für diese 800 Millionen werden ja vielmehr auch die Kohlen- und sonstigen Sachleistungen hinausgehen, also, wie bisher, unserer Wirtschaft entzogen. Nur die Zahlungen dafür werden ihr nicht mehr ohne Gegenleistungen entzogen. Um diese 800 Millionen Goldmarken steht sich die deutsche Wirtschaft also im ersten Jahre jedenfalls zunächst einmal besser. Sogar um einen bedeutend größeren Betrag, weil die Hemmungen, die das Micum-System über uns ganz unproduktiv verhängt hat, auch wegfallen werden, also die Zolltarifnennungen gegenüber dem besetzten Gebiet, die Wegnahme der Zölle und Abgaben, die Verkehrsbehinderungen. Zu Anfang nächsten Jahres kommt eine weitere bedeutende Veränderung unserer Situation, die wir der Arbeit unserer Unterhändler auf der Konferenz von Genoa, insbesondere derjenigen von Rathenau, verdanken. Bisher waren wir auf dem Weltmarkt nicht gleichberechtigt. Die sogenannte „einseitige Meistbegünstigung“ des Versailler Vertrages bedeutete, daß wir allen Entente-Staaten jeglichen Vorteil bei Ein- und Ausfuhr einräumen mußten, während die anderen uns gegenüber keinerlei Vorteile gewäherten. Deswegen belamen wir für unsere Ausfuhr, wie wir in Cannes berechnet haben, 20-25 Prozent weniger, als der wirkliche Wert war, das ist im Jahre beinahe 1 Milliarde Goldmarken, den wir dann größtenteils voraussichtlich mehr hereinholen können, oder fast 4 Proz. unseres Volkseinkommens.

Doch sei auch hier davor gewarnt, diese günstigen Wirkungen zu schnell zu erwarten. Trotz der Annahme des Dawes-Gutachtens müssen wir durch eine scharfe Vereinigungsstrategie hindurch, weil in der unglückseligen Inflationzeit unsere Industrie- und Handelswirtschaft sich vollkommen falsch organisiert hat. Wir haben viel zu viel Betriebe in Handel und Bankwesen und viel zu viel und auch rückständige Betriebe in unserer Industrie. Eben deswegen sind wir, während unsere landwirtschaftlichen Preise unter dem Weltmarkt liegen und unsere Löhne noch recht beträchtlich darunter bleiben, mit unseren industriellen Preisen darüber, und diese viel zu vielen in der Wirtschaft kann nur eine Krise beseitigen. Je schneller sie kommt, desto besser, insbesondere auch für die Arbeiter; übrigens auch mit Rücksicht auf das Dawes-Gutachten. Die Besserung unserer Wirtschaft soll ja teilweise gemessen werden an dem Aufstieg der nächsten vier Jahre. Geht die Vereinigung zu langsam, so steht etwa als Anstieg aus, was zur Säuberung von ganz ungeunden Parasiten in der Volkswirtschaft ist. (Der babische Lebensmittelhandel hat zwar weniger Ware als im Frieden, aber fünfmal so viel Großhändler gehabt. Die wollen alle von den Warenpreisen mitleben und sind doch zu vier Fünfteln mindestens überflüssig.)

Darüber hinaus ist der Zustand, den der Dawes-Bericht schafft, sicherlich weit besser als der jetzige unter dem Micum-System, denn wir der unglückseligen Politik der Nichterfüllung nach System Stinnes-Möckner-Havenstein verbannten, aber doch nichts weniger als ein idealer oder auch nur wünschenswerter Zustand. Deutschland im allgemeinen, die deutschen Arbeitnehmer im besonderen, haben allen Anlaß, weitgehende Verbesserungen auch am Dawes-System zu erziehen und eine zielbewusste Politik darauf einzustellen. Die hauptsächlichsten Bedenken gegenüber dem Dawes-Gutachten liegen in vier Punkten:

1. Die Belastung des deutschen Volkes wird zunächst bedeutend schwerer, als der Dawes-Bericht annimmt.
2. Der Plan enthält eine wirtschaftliche Ungerechtigkeit, indem er schon Teile der deutschen Schuld kapitalisiert, d. h. Teile des deutschen Volkseinkommens vorweg verkaufen will, ohne daß überhaupt gesagt ist, wieweil denn die Last beträgt, also welche Teile des deutschen Volkseinkommens überhaupt gefordert werden.
3. Recht beträchtliche Gefahren liegen darin, daß die Eisenbahnfrachten nicht mehr nach den Interessen der deutschen Wirtschaft allein festgelegt werden, und vor allem auch, daß die deutsche Finanzpolitik nicht mehr in unserer eigenen Hand, sondern im Interesse der „Transferierung“ in fremde Hand geht. Darin liegt aber eine recht beträchtliche Gefahr für das künftige Lohnniveau.
4. Die Verteilung der Lasten, die der Bericht vornimmt, ist zunächst einmal zweifellos ungerecht und trifft unvernünftig schwer die Arbeiterschaft in ihrer Eigenschaft als Arbeiter sowohl wie als Verbraucher. Wir wollen diese Mängel unterziehen, um daraus die wirtschaftlichen Richtlinien zu finden, nach denen Umgestaltung und Ausbau unseres Reparations-systems unter allgemeinen Gesichtspunkten sowohl wie insbesondere unter denjenigen der Arbeiterschaft sich zwingend ergeben.

Der Kampf um die Arbeitszeit.

Die Verhandlungen über den Abschluß eines zentralen Tarifes für das Baugewerbe sind wegen der Frage der Arbeitsdauer gescheitert. Die Unternehmer wollten zwar die Achtundvierzigstundenswoche grundsätzlich anerkennen, doch haben sie in bezug auf die erlaubten Ausnahmen Forderungen gestellt, die von den Gewerkschaften nicht angenommen werden konnten. Für die Haltung der Unternehmer war auch der Wunsch mitbestimmend, daß die Bauarbeiter in der Nähe von Industriebetrieben, wo länger gearbeitet wird, nicht eine Ausnahmestellung haben sollen. In dem Kampf der Bauarbeiter kommt der Entschluß der deutschen Arbeiterschaft, den Achtstundentag nicht

preiszugeben, zum Ausdruck. Es gibt eine Anzahl von Industriezweigen, wo der Achtstundentag auch heute noch besteht, in den Schuhfabriken, in der Lederhandschuhfabrikation, in der Möbelindustrie, im Maschinenbau. Außerdem wird in einer Anzahl von Industriezweigen, wo der neue Tarif die Arbeitsverlängerung zuläßt, bei den meisten Betrieben weiter der Achtstundentag pro Woche gearbeitet, so in der Berliner Industrie, der Buchbinderei und Papierverarbeitung, in der Schiffsbauindustrie usw. Nach einer Erhebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes arbeiteten Mitte Mai von 2,5 Millionen Beschäftigten der betreffenden sieben Industriezweige über die Angaben vorliegend, 45 Proz. bis zu 48 Stunden, 38 Proz. bis 54 Stunden und 14,5 Proz. über 54 Stunden. Die Ueberstundenleistung ist in diesen Zahlen bereits inbegriffen. Die Ueberstunden werden nach Mehrzahl der Tarifverträge mit besonderem Aufschlag bezahlt, so gibt es bei Ueberstunden in den Lederfabriken 10 bis 15 Proz. in manchen Betrieben 25 Proz. Lohnzuschlag, in der Textilindustrie und im Holzgewerbe in der Regel 10 bis 15 Proz. Buchdruckgewerbe 12 1/2 Proz. In einem Teil der Textilindustrie gilt die Bestimmung, daß, sobald überhaupt Mehrarbeit geleistet wird, alle Arbeitsstunden einen Aufschlag von 3 Proz. haben. In der Lebensmittelindustrie muß die Dringlichkeit der Verlängerung durch Benehmung mit der Betriebsverwaltung geprüft werden. Eine Arbeitszeitverlängerung mit zum größten Teil ungunstigen Bedingungen besteht im Bergbau, in der Hüttenindustrie, in der Industrie der Steine und Erden, für die chemische Industrie, bei der Papierherstellung und für die Sägeindustrie. Hier bilden Arbeitszeiten von 9 bis 10 Stunden (beim Bergbau nur für Ueberarbeiter) die Regel. Das Gesamtbild ist nach der Dargelegten nicht einheitlich. Es kann nur festgestellt werden, daß die Arbeiterschaft selbst bei Annahme der verlängerten Arbeitsdauer mit aller Entschiedenheit darauf besteht, daß die nur als Ausnahme gelten darf, und die über acht Stunden hinausgehende Arbeitszeit als Ueberarbeit bestimme.

Gemeinsame Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Am 14. Juli 1924 fand in Amsterdam eine gemeinsame Beratung des Bureau des IGB (Amsterdam) und des Bureau der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (London) statt. An ihr nahmen teil: als Vertreter des IGB Burcell (England), Vorkländer (Belgien), Touhaux (Frankreich), Mertens (Belgien), Veldman (Deutschland) und die Sekretäre Audegeest, Sassenbach und Brown; als Vertreter der SAJ Well (England), Blum (Frankreich), Vandervelde (Belgien), de Bronckere (Belgien), Hermans Müller (Deutschland), Wliegen (Holland) und der Sekretär Ubler.

Zur Beratung standen die mit dem Reparationsproblem zusammenhängenden Fragen, insbesondere das Sachverständigen-gutachten, die bevorstehende Londoner Konferenz, die Verteilung des Achtstundentages. Nach eingehender Diskussion, die allen Anwesenden Gelegenheit zum Meinungs-austausch bot, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Konferenz verurteilt in diesem Moment darauf, die ganze Problematik der ökonomischen und politischen Schwierigkeiten, die der Weltkrieg die Menschheit gestiftet hat, zu lösen. Dies ist in den Beschlüssen der Konferenzen von Amsterdam im April 1921, des Kongresses in Haag im Dezember 1922 und des Kongresses in Hamburg im Mai 1923 eingehend geschehen. Die Konferenz erinnert heute stark daran, daß schon auf Grund der Beschlüsse der frankfurter Fünftländer-Konferenz im März 1922 sich folgende Forderungen ergeben:

1. Die endgültige Festsetzung der von Deutschland noch verschuldeten Summe auf einen Betrag, der in seinem Gegenwartswert den wirklichen Betrag der materiellen Reparationen darstellt.
2. Die Festsetzung eines Zahlungsplanes, der mit Hilfe internationaler Kreditoperationen sobald wie möglich Deutschland von seiner Schuld befreit und alsbald den Gläubigerstaaten die zur Reparation notwendigen Summen zur Verfügung stellt.
3. Den Abschluß von Uebereinkommen zwischen den alliierten Regierungen, die es ermöglichen, für die eigentlichen Wiedergutmachungen die Gesamtsumme der erwähnten Zahlungen zu verwenden. Das setzt seitens der alliierten Mächte und der Vereinigten Staaten von Amerika voraus:
 - a) Verzicht auf die Forderungen auf Deutschland, soweit sie Militärpensionen betreffen;
 - b) allgemeine Annullierung ihrer gegenseitigen Forderungen und Schulden.

Die Konferenz stellt fest, daß der Plan der Sachverständigen zwar gewisse Ansätze zur Lösung des Problems im Sinne der ersten beiden Forderungen enthält, daß er aber bezüglich des dritten Punktes versagt. Sie stellt fest, daß der Plan der Sachverständigen das Reparationsproblem in der Weise zu lösen sucht, daß er der deutschen Arbeiterklasse verhältnismäßig ungleich schwerere Lasten auferlegt als den kapitalistischen Klassen Deutschlands und die deutsche Reichsregierungverwaltung kapitalistischen Einflüssen des Auslandes aussetzt.

Sie erklärt daher, daß es aus diesem Grunde unmöglich ist, diese Lösung als eine der Forderungen der gewerkschaftlichen und der sozialistischen Internationale entsprechende anzulehen.

Der Sieg des Proletariats ist eine Gewißheit. Es sind weniger die wilden Anstrengungen unserer Gegner, als die heroischen Taten unserer Arbeiter, die diesen Sieg hinanzuführen helfen.

Jean Jaurès.

Zum achtzigsten Jahrestag seiner Ermordung, 31. Juli 1914.
Von Jean B. Surenjan.

Berührt von der Welt und der Welt selbst, tragen wir uns alle All neue Menschenherzen.

Einige Stunden vor Ausbruch des Weltkrieges stand ich an einem Tagewandlung im südlichen Frankreich. Eines Tages, als ich durch menschenleere Feldwege strich — die Stadt Cannes hatte ich bereits hinter mich — da begegnete ich einigen Landknechten, die in intensiver Sommerarbeit waren und plagten. Ein Gruß, ein kurzer Wortwechsel. Da sagte mir ein schlanker Bauer tief angegert: „Der Caillaux hat man erschossen!“ Welch ein Schreck! In der Tat hatte man in Paris erstere Jaurès niedergeschossen, doch da gerade in jenen Tagen der große Prozeß der Frau Caillaux stattfand, die bekanntlich den Journalisten Calmette in seinem Redaktionszimmer getötet hatte, wodurch ihr Name auf der Tagesordnung stand, so verwechselte das Landvolk mich mit Jaurès. . . . Erst in Grenoble, mitten im Fieber der Mobilisierung, konnte ich der ganzen Tragweite unseres unerfesslichen Verlustes gewahr werden.

Armer Jaurès . . . der Irrsinn eines Exaltierten hat ein Leben zur Strecke gebracht, dessen Lade auf Jahrzehnte hinaus zu spüren sein wird. Jaurès' ganzes Streben war darauf ge-

richtet, die Welt neu zu gestalten, zu verändern, zu revolutionieren. Er war, wie kein Zweiter, Pionier der allmenschlichen Gemeinschaft gewesen. Einer, dessen glühende Liebe zu allen Menschen in einzigartiger Bereitschaft mal hier, mal dort — in allen Ländern — sich offenbarte, und je mehr er sich in die Lage des Weltproletariats versenkte, desto mehr er sich in die Lage des Weltproletariats versenkte. Seine Wunde und Fingerringe zu geben, richtend und tragend sein Wort auszusprechen, was es nur galt, die Arbeiterschaft vor Irrwegen zu schützen und durch die und dünn hindurchzuführen. Seine sagbarere Rede stellte er überall in den Dienst der proletarischen Sache und wie hat er eine Gelegenheit verpasst, gegen irgendwelches Unrecht seitens der Ueberwiegenden eine Panne zu brechen. Die Judenpogrome, wie die türkische Raschewirtschaft, die mazedonischen Greuel, wie die armenischen Mordtaten, die Freveltaten der Belgier in Kongo wie die irische Tragödie — alles brennend, ja, lieblich-reiches, jart bezaubertes Herz. Und das ging soweit, daß Menschen aus aller Herren Länder zu ihm nach Paris hinstürzten, um von ihm allein eine Bänderung, einen Trost, eine tatkräftige Unterstützung zu erlangen. Sein Pariser Haus war denn auch sozusagen das Stellbild aller Entrechteten geworden.

Vor zwanzig Jahren war es, Jaurès schrieb unseren armen Genossen, seinem Blatte, der „Humanité“, ganz so sehr, sehr schlecht, ja, die Zeitung stünde gerade vor einem buchstäblichen Zusammenbruch. Unsere Partei, das französische Proletariat (der armenische revolutionäre Bund) überwiegt ihm sofort tausend Franken. Ein kleines Volk, eine kleine Partei, deren sämtliche verfügbaren Mittel damals dem Freischaren- und Bandenorganisationen zur Verfügung gestellt werden mußten, damit eben das verhasste Dürrenjoch sobald als möglich abgeschüttelt werden

konnte, war wohl gar nicht imstande, mehr beizutragen. Wer dieses Wenige wurde sehr gern beigegeben, weil Jaurès (wie E. B. Bernstein in Deutschland) durch unzählige Reden und Artikel, wie auch durch seine Interpellationen in der französischen Kammer sich als begeisterter Anwalt der armenischen Sache hervorgetan hatte, obwohl er in den letzten Jahren seines Lebens auch für die Türken manche Sympathien hegte. Hätte er aber den Weltkrieg miterlebt, so hätte er sich vollkommen überzeugen können, daß diese Sympathien nicht ganz am Platze gewesen sind, denn den Jungtürken wie den Kemalisten war es ja nur darum zu tun, alle Christen des Ostens mit einem Schlag auszurotten. . . . Und dieser schaurige Vorfall ist ihnen leider auch vollkommen gelungen.

Eine kleine Episode aus dem Leben Jaurès', die seine Herzgüte und Freumblickheit beweist, entnehme ich aus den Denkwürdigkeiten des armenischen Sozialistenführers Karabekian. Es war während einer Presseauskunftung der Zeitung „Demokratie“. Allseits wurden Weichwörter gegen einen Verwaltungsbeamten laut, der es mit seiner Pflicht nicht so genau genommen pflegte. Man forderte nun seine Entsetzung, um es durch auch noch das Budget der Administration einigermaßen zu erleichtern. Jaurès hatte sich erst eine Bedenkzeit erbeten, um eine Verfügung treffen zu können. Und siehe da! Am nächsten Tag verständigte Jaurès die Redaktion, daß er zu einem originellen Mittel gegriffen habe, um den fahrlässigen Angeklagten zu bestrafen. Er habe nämlich verfügt, daß man ihm eine Gehaltsaufbesserung bewillige!

Ja, so sah der Mann aus, den eine verbrecherische Rüge französischer Nationalisten mitten aus reichem Lebenswert rief. Wir Sozialisten werden auf Jahrzehnte hinaus keinen Größeren finden für den großen Führer und den unsterblichen Vorkämpfer proletarischen Kampfes!

Zudem, trotz aller Mängel und Fehler des Sachverständigenratens würde ein Scheitern der gegenwärtigen Aktion nichts Besseres an seine Stelle setzen, sondern im Gegenteil die Krise Europas auf das schlimmste verschärfen. Unter diesen Umständen ist die Durchführung des Sachverständigenplans heute die einzige unmittelbar mögliche Lösung.

Die beteiligten Regierungen haben sich übrigens bereits über die uneingeschränkte Annahme des Sachverständigenratens geeinigt, die die Aufhebung der wirtschaftlichen Beschränkungen der Ruhr einschließt, Düsselbors, Ruhrort und Duisburg, sobald die im Sachverständigenrat festgestellten Bedingungen erfüllt sein werden, mit sich bringt.

Andererseits müßte jeder Versuch, die militärische Okkupation länger aufrecht zu erhalten als die ökonomische, zur Folge haben, daß:

1. der Zustand der Wirrnis und der Unsicherheit, der die Wiederherstellung des Friedens und den Wiederaufbau Europas verhindert, weiter bestehen bliebe;
2. die Durchführung des Planes der Sachverständigen in Gefahr geriete, indem das Vertrauen, das diese selbst für seinen Erfolg als unbedingt notwendig erachten, erschüttert würde.

Daher fordert die Konferenz die Aufhebung der militärischen Besetzung der oben bezeichneten Gebiete, gleichzeitig mit der Aufhebung der ökonomischen.

Sie fordert auch, daß Deutschland von der Konferenz in London eingeladen werde, so daß endlich an Stelle des Systems des Diktates das System der Verhandlungen gleichberechtigter Völker tritt.

Die Konferenz betont die Notwendigkeit der unverzüglichen Ratifikation des Abkommens von Washington über den Achtstundentag in allen Ländern. Sie nimmt zur Kenntnis, daß der Sachverständigenplan seinem Sinne nach keinen Angriff auf den Achtstundentag in Deutschland ausschließt und erwartet, daß gemäß dem einstimmigen Beschluß der Arbeitergruppe auf der jüngsten Internationalen Arbeiterversammlung in Genf das Internationale Arbeitsamt seine Bemühungen für die Sicherung des Achtstundentags fortsetzt.

Vor allem aber fordert die Konferenz, daß der Sachverständigenplan sobald als irgend möglich ergänzt werde durch Maßnahmen, die der Resolution der Frankfurter Fünfkänderkonferenz in allen Punkten Rechnung tragen.

Die Sekretäre der beiden internationalen Organisationen wurden beauftragt, die nötigen Vereinbarungen zu treffen, um bald eine neuerliche gemeinsame Sitzung einzuberufen, in der insbesondere die Frage der Garantieverträge erörtert werden soll.

Die Gewerkschaften der Vereinigten Staaten und die Gründung einer Arbeiterpartei.

In Cleveland tagte am 5. Juni die „Konferenz für fortschrittliche, aufbauende Politik“ zur Wahl eines Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten. Senator La Follette soll als Kandidat für den ersten Posten und James S. Maurer, Präsident des Pennsylvaniaischen Arbeiterbundes, als Kandidat für den zweiten Posten aufgestellt werden. Der Einfluß der Arbeiter in den Vereinigten Staaten ist durch die Unzufriedenheit mit den alten Parteien, die Verweigerung liberaler Konzeptionen seitens der Republikaner und die arbeiterfeindliche Haltung des letzten Kongresses gestiegen. Die Ansichten der Bildung einer neuen politischen Arbeiterpartei sind aber trotzdem sehr klein. Die oben erwähnte Vereinigung für fortschrittliche Politik ist bereits eine nationale Organisation. Angesichts der Stärke der Bauernpartei kann jedoch keine Arbeiterpartei, die sich vor allem aus industriellen Elementen zusammensetzt, auf einen unmittelbaren politischen Erfolg rechnen. Die Gewerkschaften haben einen ziemlich großen Einfluß auf die Vereinigung. Alle nationalen und internationalen Verbände haben das Recht auf Abordnung von 3 Delegierten, ferner können Bezirks- und Ortsgruppen eine beschränkte Anzahl Delegierte abordnen. Endlich bilden die Eisenbahnerorganisationen, die insgesamt 1.500.000 Mitglieder zählen, das Rückgrat der Organisation. La Follettes Stellung wird durch die ihm günstig gestimmten großen Gruppen der Bürger deutscher und irischer Abstammung gestärkt. Sein Einfluß im Nordwesten soll dagegen wegen seiner Abneigung gegenüber den Kommunisten ein wenig geschwächt worden sein. Auf alle Fälle wird er aber wahrscheinlich stark genug sein, um den Erfolg der 2 alten Parteien zu vereiteln. Die kommende Parlamentsperiode wird deshalb Verhältnisse schaffen, die früher oder später zur Konstituierung der Organisation als eine permanente politische Partei führen wird.

Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde.

Endlich hat sich der ADGB durchgerungen, eine wissenschaftliche Zeitschrift herauszugeben. Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H. kündigt sie folgendermaßen an:

„Ende Juli erscheint das erste Heft der neuen wissenschaftlichen Zeitschrift für die Gewerkschaftsbewegung: „Die Arbeit“. Die „Arbeit“ erscheint im Verlag der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie wird herausgegeben von Theodor Leipart und redigiert von Lothar Erdmann.

Die Zeitschrift erscheint zunächst einmal monatlich und wird am 15. jedes Monats zur Ausgabe gelangen.

„Die Arbeit“ hat den Zweck, die mit den neuen erheblich erweiterten Aufgaben der Gewerkschaften zusammenhängenden Probleme theoretisch zu erklären, in klarem Hinblick auf die praktische Tätigkeit der Gewerkschaften.

„Die Arbeit“ soll den Gewerkschaften Gelegenheit bieten, bestehende Gegenstände in organisatorischen und gewerkschaftlichen Fragen zum schlichten Austrag zu bringen. Sie soll ihnen die Möglichkeit schaffen, in freier Meinungsäußerung, ohne parteipolitische oder gewerkschaftsbürokratische Rücksichten sich über die bedeutendsten Fragen zu verständigen, um die Einheit und Stohkraft der Bewegung zu fördern.

„Die Arbeit“ soll die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung sowie zu den anderen Kreisen pflegen, die sich mit den Problemen der sozialistischen Wirtschaft und sozialistischen Kulturfragen beschäftigen und die Stellung der Gewerkschaften im Ganzen der Arbeiterbewegung klären.

„Die Arbeit“ wendet sich vor allem an die heranwachsende gewerkschaftliche Führergeneration. Ihnen will sie ein Wegbereiter zu den neuen Zielen sein, die sich für die Gewerkschaften aus ihrem Recht zu aktiver Mitwirkung an den wirtschaftsorganisatorischen und wirtschaftspolitischen Aufgaben wie am Ausbau des Arbeitsrechts ergeben. Von dem Können und der Initiative der jungen Führer wird es abhängen, ob die Gewerkschaften die ihnen zustehenden Rechte in der kommenden Zeit erfolgreich wahrnehmen, ob sie diese Rechte erweitern können.

„Die Arbeit“, die sich auf die Gesamtleitung der im ADGB vereinigten Gewerkschaften stützt, hat die führenden Gewerks-

chaftler zu ihren Mitarbeitern, sowohl der Arbeiter- und Angestellten- wie der Beamtenbewegung. Darüber hinaus darf sie auf die Mitarbeit der maßgebenden Volkswirtschaftler und Sozialpolitiker der Sozialdemokratischen Partei rechnen.

„Die Arbeit“ hat eine Reihe der angesehensten Nationalökonomien, Soziologen und Juristen zur Mitarbeit herangezogen, um die besten Kräfte für die Schulung des gewerkschaftlichen Führernachwuchses zu gewinnen.

Das erste Heft der „Arbeit“ bringt folgende Aufsätze:

Lothar Erdmann „Der Weg der Gewerkschaften“, Fritz Tarnow „Wandlungen im Tarifvertragswesen“, Prof. Dr. Lujp Brentano „Die deutschen Gewerkschaften nach dem Versaillesfriedensvertrag“, Theodor Leipart „Die Stellung der Gewerkschaften in der internationalen Arbeiterbewegung“, Carl Menckes „Die Kulturbeziehung des Achtstundentages“, Franz Spließ „Der Ausbau des Arbeitsschutzgesetzes“, Martin Wagner „Gemeinwirtschaftspolitik“.

In der „Mundschau der Arbeit“ berichten: Franz Spließ über „Lohn- und Tariffragen“, Fritz Schröder über „Die Entwicklung der Angestelltenbewegung“, Th. Stöcker über „Beamtenprobleme“, F. Tarnow über „Organisationsfragen im ADGB“, Gertrud Hanna über „Arbeiterinnen in der gewerkschaftlichen Internationale“, Theodor Thomas über „Gewerkschaften und Bildung“ und Paul Ufermann über „Die Kartellverordnungen und ihre Wirkungen“.

Das zweite Heft, das Mitte August erscheinen wird, wird folgende Aufsätze enthalten:

Robert Schmidt „Sozialpolitik und Wirtschaft“, Hugo Einzheimer „Der Kampf um das neue Arbeitsrecht“, Dr. Otto Uppmann „Arbeitswissenschaft“, Mich. Wolst „Probleme der industriellen Betriebskontrolle“, Clemens Rörpel „Der Betriebsrat“, E. Aufhäuser „Die Angestelltenbewegung“, A. Falkenberg „Die neue Beamtenbewegung“ und Bern Meyer „Die Arbeiterbanken“.

Der Abonnementpreis der „Arbeit“ beträgt vierteljährlich 3 Mk., für Organisationsmitglieder 2,40 Mk. Der Preis des einzelnen Heftes ist 1 Mk., für Organisationsmitglieder 0,80 Mk.

Die Zeitschrift ist durch alle Postanstalten und Buchhandlungen, sowie direkt vom Verlag zu beziehen.

Gewerkschaftliches.

Der Bekleidungsarbeiterverband hatte beim Abschluß des 1. Vierteljahres 1924 einen Mitgliederbestand von 111.450.

Der Buchbinderverband veröffentlicht im Jahresbericht 1923 eine Mitgliederzahl von 72.076 am Jahresbeginn und 67.477 am Jahresschluß.

Der Holzarbeiterverband setzte mit sofortiger Wirkung für die in Arbeit stehenden Mitglieder einen wöchentlichen Extrabeitrag von 20 bis 100 Pfennige fest.

Im Leberarbeiterverband waren am Schluß des 1. Vierteljahres 1924 34.934 männliche und 9823 weibliche, zusammen 44.757 Mitglieder, vorhanden.

Der Steinarbeiterverband konnte am 6. Juli auf sein vierzigjähriges Bestehen zurückblicken. In diesem Zuge des Jahres 1924 vereinigte sich die Vertreter von 14 Ortsvereinen in Halle zur Gründung des Verbandes der Steinmetzen Deutschlands, dem in 29 Orten 2000 Mitglieder beitraten. In diesen engen Grenzen konnte sich die Organisation wenig entwickeln. 1893 mußte sie in 47 Orten 2516 Mitglieder. Seit wurde der Verband allen in der Steinindustrie beschäftigten Arbeitern zugänglich gemacht. Der Erfolg war, daß 1895 bereits in 111 Orten über 6000 Kollegen als Mitglieder vorhanden waren. 1898 trat der Verband der Generalkommission bei. 1902 wurden in 180 Bahnhöfen 7407 Mitglieder gezählt. 1903 wurde die lose Organisationsform aufgegeben und der noch heute bestehende Zentralverband geschaffen. Sein Erfolg war nach zehnjährigem Bestand eine Mitgliederzahl von 30.516 in 374 Bahnhöfen. Nach der Statistik des Jahres 1922 umfaßte der Verband, der sich inzwischen durch Aufnahme der Steinbildhauer, Steinseher und anderer Branchen zum Industrieverband entwickelt hat, 50.524 Mitglieder. Das Verbandsorgan widmet dem Verbandsjubäum eine festlich gestimmte Nummer mit wertvollen Beiträgen. Wir wünschen dem Verbands eine erfolgreiche Weiterentwicklung und Erfarkung zum Segen seiner Kollegenschaft.

Soziales.

Die Bedeutung der Arbeitspausen ist ziemlich umstritten. Die Arbeitspsychologen, die die Leistungsfähigkeit der Arbeiter beobachten, legen ein großes Gewicht auf ausgiebige Arbeitspausen, besonders auf die Mittagspause. Auf der anderen Seite hat sich nach Einführung des Achtstundentages überall das Bestreben der Arbeiter geltend gemacht, die Zeit der gesamten Anwesenheit im Betrieb möglichst abzukürzen. Die Wohnungsnot beziehungsweise die große Entfernung der Wohnungen von der Werkstätte trug zu diesen Bestrebungen bei, ebenso die Ausbreitung des Gartenbaues. Auch zur Erzielung des freien Samstagvormittags wurde oft durchgehend oder mit nur sehr geringer Pause gearbeitet. Die Wiener Arbeiterkammer hat nun im Monat Mai in bezug auf die wichtigsten Betriebe der Metall-, Textil-, chemischen und Lebensmittelindustrie Österreichs eine Untersuchung angestellt. Das Ergebnis derselben, das im zweiten Jahrbuch der „Arbeit und Wirtschaft“ von Fritz Rager besprochen wurde, ist sehr lehrreich. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß in den Betrieben mit normaler Arbeitszeit, das heißt, bei denen in einer Schicht pro Tag im Rahmen des gesetzlichen Ausmaßes gearbeitet wird, die Arbeiter aus gesundheitlichen Gründen und wegen der Unfallgefahr die Einhaltung einer ein-, anderhalb- oder zweitägigen Mittagspause durchweg verlangen. Auch die Gewerkschaften bekämpfen die pausenlose, durchlaufende Arbeitszeit, und die Abkürzungen in den einzelnen Betrieben haben zu dem gleichen Ergebnis geführt. Dagegen möchten die Unternehmer die Pause zwecks Herabsetzung der Kosten abkürzen. Anders liegt der Fall bei Betrieben, wo in mehreren Schichten gearbeitet wird, ohne daß der Arbeitsprozeß selbst ein ununterbrochener wäre. Der Schichtwechsel findet hier oft in den frühen Morgenstunden oder späten Nachmittagen statt. Bei dieser Schichteinteilung spielen Verkehrsverhältnisse eine entscheidende Rolle. In diesen Fällen ist es daher das Bestreben der Arbeiter, die Zeit der Anwesenheit im Betrieb auf Kosten der Pause abzukürzen.

Religion und Kapitalismus. In Hamburg tagte der Katholische Lehrerverband. Der Landtagsabgeordnete Gottwald nahm auf dieser Tagung von der katholischen Weltanschauung heraus Stellung zur Wirtschaftspolitik. Hierbei erklärte er, daß das Privateigentum eine Grundlage der Kultur sei und eine Sicherung der politischen Freiheit. Die großen Meister der Kirche, von denen man den Kindern immer erzählt, sprachen aber anders. Woher kommen alle Geizharn der Menschheit? fragte Augustin. „Einzig von dem Eigentum!“ erklärte er. Clemens I. sagte, daß der Gebrauch aller Dinge allen Menschen gemeinsam sei, und Ambrosius von Mailand schrieb: Die Natur gibt alle Güter allen Menschen gemeinsam. Wo sind die, die diese Worte zur Tat machen? Hüben oder drüben?

Zur Behebung der Wohnungsnot. Als Tochtergesellschaft der Reichswohnungsfürsorge-V.-G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter in Berlin wurde von den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Hesse-Massaus im Verein mit Bau- und

Siedelungsvereinigungen usw. unter der Firma „Gewobag“, Gemeinnützige Wohnungsbau-V.-G. Hesse und Hesse-Massaus mit dem Sitz in Frankfurt a. M., ein Unternehmen ins Leben gerufen, das sich zur Aufgabe stellt, durch Neubauten solider, billiger Siedelungshäuser die Wohnungsnot der breiten Massen zu bekämpfen. Das Tätigkeitsgebiet der Gewobag erstreckt sich über die Provinz Hesse-Nassau, die Freistaaten Hesse und Waldeck und das bayerische Gebiet um Kaffenburg. Die ersten Arbeiten werden in Frankfurt a. M. ausgeführt werden. Es werden als Regel Zweifamilienhäuser mit zwei, drei oder vier Zimmern und dazu Bad, Küche und Zubehör hergestellt; zu jeder Wohnung gehört ein Stück Garten. Die Gesellschaft geht mit jedem Wohnungsuchenden, der je nach Größe der gewünschten Wohnung ein entsprechend große Eigenkapital von etwa 2000 bis 4000 Mk. zur Verfügung stellen kann, einen Vertrag auf Herstellung einer Wohnung ein, gibt aber auch denen, die über diese Summen noch nicht verfügen, Gelegenheit, ihre Einrichtungen zu benutzen. Sie nimmt zum allmählichen Aufsparen Darlehensgelder in jeder Höhe entgegen, verzinst und erhält dieselben werbeständig und beläßt dem Einleger das tägliche Verfügungsrecht. Außerdem werden Wertmarken zu 1.— Mk. das Stück auszugeben, die in starken einzulösen sind. Sämtliche der Gewobag zur Verfügung gestellten Gelder sind keine Abfindungsgelder, sondern bleiben als Darlehen Eigentum des Wohnungsuchenden. Die Gewobag hat ihre Einrichtungen so getroffen, daß sie vor allem jungen Paaren helfen kann, die noch immer bei fremden Vermietern oder bei den Eltern bzw. Schwiegereltern in Untermiete wohnen müssen, daß sie ferner helfen kann Verlobten, die aus Wohnungsnot nicht heiraten können, und daß sie zur Vorsorge für die Zukunft sich zur Verfügung stellen kann allen Eltern mit heranwachsenden Töchtern und Söhnen, die weitsehend genug sind, schon jetzt für das künftige Wohnungsbedürfnis ihrer Kinder zu sorgen. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle, Frankfurt a. M., Hochstr. 1.

Von der Keramikindustrie.

Die Lage der Keramikindustrie im Juni beurteilt das „Reichs arbeitsblatt“ folgendermaßen: Der Abgang der Porzellanindustrie stieg im Juni auf erhebliche Schwierigkeiten. Vielsach sind noch genügend Aufträge vorhanden, aber infolge des Geldmangels macht sich eine Abnahmestimmung fühlbar. Der Bayerischer Bericht betont, daß die inländische Industrie in zunehmender Maße versucht, die Lieferzeit der Aufträge hinauszuschieben. Die Thüringer Porzellanindustrie entließ zum Teil Arbeitskräfte und führte in erheblichem Umfang Arbeitszeitverkürzungen ein. Auch die Steinzeugfabriken verminderten nach Meldungen aus Thüringen und der Provinz Sachsen die Arbeitszeit, und es wurden auch bereits Arbeiter entlassen. Günstiger lauten die Berichte für die Steinzeug- und Töpferindustrie der Mark Brandenburg. Hier wird der Beschäftigungsgrad noch als befriedigend bezeichnet.

Aus unserem Beruf.

Warnung!

Zuschriften von Kollegen in ausländischen Staaten enthalten gewöhnlich Klagen über ungenügenden Lohn, schlechte Behandlung und unzulängliche Fabrikeinrichtungen. Trotzdem wir schon öfter darauf hingewiesen haben, das Ausland zu meiden, treiben die deutschen Verhältnisse immer wieder Kollegen hinaus, die draußen große Enttäuschungen erleben.

Diesmal werden wir aufgefordert, vor Arbeitsaufnahme in den Balkanländern (Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien) einschließlich Ungarns zu warnen.

Wahreuth. Seit 5. Juni steht die Belegschaft der Firma Emil Schlegel, V.-G., Wahrenuth, im Streik. Trotz wiederholter Versuche der Verwaltung sowie des Hauptvorstandes schickerten die Verhandlungen an dem geringen Entgegenkommen des Schlegel junior. Die Zahl der Streikenden beträgt rund 140 Personen. Schlegel steht auf dem Standpunkt, bei Wiederbetriebnahme der Fabrik wegen Geldmangel nur 60 Personen einstellen zu können. Diese 60 sind meist ganz junge Leute. Der gesamte Betriebsrat, die Streikleitung sowie fast sämtliche verheirateten Kollegen blieben nach diesem Vorschlag auf der Straße. Der hauptsächlichste Grund, der zum Streik führte, war die niedrige Entlohnung der Arbeiter und die ungerechte Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden. Schlegel glaubte anscheinend, in Wahrenuth die Dummheit zu finden, die er braucht, um den Herrn-im-Haus-Standpunkt zeigen zu können. Sollten ihn die 6 Wochen Streik noch keines anderen belehrt haben, so kann er nach Verleiden die Sache in die Länge ziehen. Die Streikenden sind sich ihrer Sache bewußt und stehen geschlossen da als zuvor. Wir bitten alle Kollegen, den Betrieb Schlegel, Wahrenuth, unter allen Umständen zu meiden. — Mit welcher Firma es die Streikenden eigentlich zu tun haben, läßt sich auch daran erkennen, daß sie zu den verbotenen Preisausschreibungen Zuflucht nimmt. In der „Berliner Illustrierten Zeitung“ Nr. 29 vom 20. Juli findet sich ein Preisausschreiben der Wahrenuther Porzellanfabrik Emil Schlegel, V.-G., Wahrenuth, mit dem Lösungsmotto: „Jedermann kauft Schlegel-Porzellan.“ Wer sich an der Lösung beteiligt, hat 3 Goldmark (nicht in Briefmarken) einzulösen und erhält dafür je nach Wunsch eine erste Klasse echte Porzellanmokka, handgemalt, oder eine moderne Blumenvase mit edler Poliergolddecoration franco zugesandt. Als Preise sind Tafel-Kaffeeservice und eine 8- sowie glagige Reize zu den Wagner-Festspielen nach Wahrenuth, pro Tag 20 Mk. und 1 Karte für „Parjival“, alle Preise im Gesamtwert von 4400 Mk., ausgeschrieben. Der Fabrikleiter, Schlegel jr., scheint noch nicht zu wissen, daß Fabrikrum nicht allein durch Klänge, sondern vor allem durch gute Ware erlangt wird. Wir geben ihm den Rat, er möge seine Geschäftstätigkeit mehr auf die Herstellung seiner Ware, anständige Behandlung und Bezahlung seiner Arbeiter richten als auf so zweifelhafte Reklame. In Dresden hat der Veranstalter eines Preisausschreibens, der durch die Ankündigung von Gewinnen den Abgang seiner Waren vermindern wollte, eine Geldstrafe von 1000 Mk. zubüßend bekommen. Die Zentrale zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, Berlin-Schöneberg, hat nicht weniger als 70 Firmen wegen Preisausschreiben zur Anzeige gebracht. Schlegel hat sich mit seinem Preisausschreiben demnach in eine schöne Widwidmung gebracht. Nebenbei scheint er aber zu wissen, was zu den Lebensnotwendigkeiten gehört; denn er hat für den Tag einer Reize nach Wahrenuth 20 Mk. ausgeschickt. Bei den Forderungen der Belegschaft auf Zahlung tarifmäßiger Löhne zeigt er nicht die Einsicht, die Arbeiterkraft seines Betriebes wird nicht vergessen dürfen, ihn darauf hinzuweisen. Er wird jedoch auch sonst noch lernen müssen, was Arbeitern gebührt.

Hermesdorf-Klosterlausitz. Ein Wort zur Betriebsstilllegung. Die weltberühmte Firma „Hermesdorf Porzellanfabrik“ hat ihre Pforten geschlossen. Die nach außen hin erforderlichen Gründe sind ja unter dem Regime des Ordnungsblokes billig die Brombeeren im Herbst. Man sagt und spricht Regierungsräten gegenüber davon, daß die allgemeine Kreditnot, die man selbst miterschuldet, nicht verjagt hat, schuld daran wäre. In der breiten Öffentlichkeit, die sich leider nicht der Mühe unterzieht, hinter die Kulissen zu sehen, findet man für diese Gründe den notwendigen Glauben. Viele lassen sich davon irretieren, wenn sie etwas vom Geldmangel hören und fallen auf allerlei Gesprüche und Sprüchlein hinein. Daß aber hinter Kahla-Schömburg Großbanken stehen,

die sehr wohl in der Lage sind, die Finanzierung einigermaßen vorzunehmen, weil sie an den Rabla-Schomburg-Werken interessiert sind, wird der breiten Öffentlichkeit geistlich verweigert. Ich meine, es wäre notwendig, daß alle Einwohner von dieser Tatsache Kenntnis nehmen und danach fragen würden, ob außer den oben angeführten Gründen, die für mich die Merkmale der Stichthaltigkeit entbehren, noch andere, richtigere Gründe gibt. Ich glaube diese Frage beantworten zu können. Da soll irgendwo in Berlin ein Reichsbankpräsident Schacht sitzen, der es sich in den Kopf gesetzt hat, die Kredit zu brocken, um der Großindustrie Schwierigkeiten zu machen. Warum der Mann wohl Schwierigkeiten von ungeahnter Tragweite macht? Die Frage ist sehr leicht zu beantworten. Unsere Großindustrie, die in ihrem größten Teile auf die Juden schimpft, stammt aus dem Stamme „Nimm“. Sie hat durch die Abkühlung, hervorgerufen durch die „Nimm“-Manieren, welche sich bekanntlich nach außen als überhohe Warenpreise auszeichnen, große Warenbestände. Die verrückte Kaufkraft der Inflationszeit ist vorüber und die Abkühlung erhält durch die Zurückhaltung der Konsumtion eine wesentliche Verschärfung. Weisheit aber fällt's dem Stamme „Nimm“ nicht ein, von den Inflationsgewinnen einen Teil der Allgemeinheit wieder zurückzugeben in Form verbilligter Lagerwaren. Um aber zu erreichen, daß in Deutschland die Warenpreise zumindestens auf den Stand der Vorkriegszeit gebracht werden, damit die Konsumtionsfähigkeit und der Export sich wieder hebt, glaubt der neue Reichsbankpräsident durch Sperrung der Kredite die Großindustrie zu zwingen, Gelder flüssig zu machen, indem sie ihre Warenlager zu angemessenen Preisen an den Mann bringt. Natürlich muß sich bei einer solchen reellen Geschäftsgebarung die Großindustrie ihre unangenehmen Geschäftspraktiken, besonders den Mißbrauch, abgewöhnen. Nun ist der arme Mensch zwar ein Gewohnheitsstier, doch diese für das sibi die Herdenpassende Eigenschaft ist in den Kontoren der Großindustrie unbekannt. In diesen Privatkontoren mit der doppelte gepolsterten Türen wird nun ausgetastet, wie man dem Reichsbankpräsidenten ein Schnippchen schlagen will. Von dem Sprüchlein ausgehend, daß Götter von Verdingungen einmal zu sagen Gelegenheit hatte, betrachtet man die Maßnahmen des Herrn Schacht als industrieschädlich, weil die Profitrate eingeschränkt werden soll und die erträgliche Mißproportion kommt dann in Fortfall. Es war ja so schön in der Inflationszeit, daß man sein Gehirn schmalz als Wirtschaftsführer, Direktor usw. schonen konnte und nicht zu kalkulieren brauchte. Doch eine Kalkulation gab es auch während dieser herrlichen Zeit für die Großindustrie! Die Herren kalkulieren in ihren Privatkontoren, wie schwer die Knochen der Arbeiter sind und wie viel sie auszuhalten in der Lage sein werden. Das dumme Proletenzug ist ja gut genug, die Profitrate herauszubringen. Und auch jetzt macht man dieselbe Kalkulation. Dieblich freut man sich, wenn Herr Schacht sich in der Schwebe seines Angeichts anstrengt, das allgemeine Preisniveau zu senken und — nichts erreicht. Steuerabotage, Produktionsabotage, Erfüllungsabotage, Ruhrabotage, Arbeiterunterdrückung, Angestelltenkurage, und jetzt Stabilisierungsabotage und Preislenkungsabotage, das sind Stappentwege der Großindustrie. Und es hat den Anschein, als wenn auch unsere heutige Firma beginnt, sich in dem Kreise der Wollschere wohl zu fühlen. Eine solche Entwicklung wäre allerdings zu bebauern und man könnte den Ursprung dieser verkehrten Linie nur in einem Mann suchen, der in Thüringen bald bei seinem eigenartigen „Aufstieg“ alle Knochen gebrochen hätte und seinen Wohnsitz in dem nicht weit entfernten Rabla aufgeschlagen haben soll. Wahrscheinlich bestimmt dieser Herr mit, daß die hohen Warenpreise gehalten werden müssen, gleichgültig, ob man dann durch eine Betriebsstilllegung den Betrieb und die Bevölkerung schädigt. Immer mehr wird der Eindruck vertieft, daß dieser unglückliche Stern über dem Betrieb ganze Ortschaften ruinieren wird. Die schrankenlose Ausbeutung ist das Ziel, das durch die Betriebsstilllegung miterreicht werden soll. Den Betriebsrat will man beseitigen, denn er nahm die ideellen und materiellen Interessen der Belegschaft wahr. Der kollektive Arbeitsvertrag soll auch beseitigt werden, denn er schmälert die Dividende der unbekanntlichen Aktionäre und die Tantiemen der Direktoren. Und eine große Masse Menschen läßt sich das gefallen! Läßt sich das gefallen, daß man mit dieser Masse Fußball spielt. Wohl bäumt man sich dagegen auf, aber immer und immer wieder hat die Aufbäumung keine Grenze an der Zivilisation. Wie gut, daß diese Menschen breschert sind. Die Gewerbetreibenden leben mit verdrängten Armen zu, wie auch ihre Existenz geschmälert wird und der göttliche Gemeinderat kümmert sich einen Quark darum. Für solche Sachen hat ja auch die bürgerliche Mehrheit kein Interesse, für sie genügt es, daß sie sich den Bauch genügend füllen kann. Eine proletarische Mehrheit hätte längst Schritte unternommen, um die Lebensstände abzustellen. Verkauf doch eure Warenlager zu angemessenen Preisen, ihr Herren Direktoren! Herunter mit eurem Hinterteil von der Sabotagepolitik, die hunderte, ja tausende Menschen dem Hunger überläßt! Kennt ihr Zolas „Germinal“? Wißt ihr, wie es die verhungerten Bergarbeiter gemacht haben? Wünscht ihr, daß es Euch persönlich auch so gehen soll? Wollt ihr die Massen zur Verzweiflung treiben, sie verhungern und sterben lassen? Die Verantwortung fällt auf die zurück, welche die Ursachen bilden, und das sind die Herren? Sollen wir sie namentlich aufzuführen? Wer von den Herren Direktoren noch rotes Blut in sich hat, das die menschliche Angewohnheit der Schamröte in sich birgt, der erkenne sich selbst und zeichne sich von Tieren dadurch ab, daß er sein rotes Blut auch im Gesicht pulsieren läßt!

Niederfalsbrunn. In der „Schleischen Bergwacht“ lesen wir: Die Porzellanfabrik Ohme in Niederfalsbrunn hat die gesamten Arbeitnehmer des Betriebes gekündigt. Dadurch wird die Arbeitslosigkeit am 19. Juli um 360 Personen vergrößert. Tatsächlicher Grund dafür ist ein Schiedspruch, der dem am schlechtesten bezahlten Arbeiterschaft eine Lohnerhöhung bringt. Dieser Schiedspruch wurde sogar vom Arbeitgeberverband anerkannt und damit auch die Notwendigkeit der Lohnerhöhung. Die Firma Ohme gibt durch Nachschlag folgendes widersprüchliches Gestammel als „Grund“ an: „Wegen der schlechten Wirtschaftslage und der großen Geldnot sehe ich mich gezwungen, am 5. dieses Monats den gesamten Arbeitnehmern meines Betriebes zu kündigen und am 21. Juli den Betrieb zu schließen. Um nicht zum Stillstand zu kommen, ist es unbedingt nötig, 54 Stunden zu arbeiten, um die Exportaufträge zur bestimmten Zeit liefern zu können und Gelder zur Weiterarbeit zu erhalten.“ Hermann Ohme, Seiler.“ Gutbezahlte Exportaufträge nach Amerika und Geldnot! Weist in Amerika auch Mangel an Geld? Aufträge nur für's Ausland auf über drei Monate. Sagt die Firma selbst — aber der Betrieb muß geschlossen werden. Es wird geschlossen — aber es ist unbedingt nötig, 54 Stunden zu arbeiten! Mangel an Geld, aber Herr Ohme reißt ins Wahl! Die Firma zahlt monatlich fast 2000 Mk. Beitrag an den Arbeitgeberverband. Dafür können die Angestellten der Firma Gratis-Überstunden leisten und die Arbeiter auf den tariflichen Lohn verzichten. Wenn Sie Geldnot haben, dann zahlen Sie mit amerikanischen Dollars. Herr Ohme! Aber zahlen Sie! Die Arbeitnehmer können und wollen nicht auf ihren Verdienst verzichten!“ Diese Art Geldnot schüben auch andere Betriebe vor. Um Ausreden zur Niederknüppelung der Arbeiter sind die Leute noch nie verlegen gewesen. **Peterwitz.** Die Porzellanfabrik R. Fabig in Peterwitz hat angeblich wegen Geldmangel ihren Betrieb geschlossen. **Teltow.** Der Streik der Dreher in Teltow geht nicht unändert weiter. — Einige alte Veteranen der Arbeiterbewegung hat die Zahlstelle Teltow zu verzeichnen. Am 29. 7. 24 konnte der Kollege Hermann Röhl auf seine 41jährige Verbandzugehörigkeit zurückblicken. Er stand stets auf der Seite der kämpfenden Kollegen und wirkte für die Rechte der Arbeiterschaft. Das gleiche gilt auch für die folgenden Kollegen, welche auch schon halb ein Menschenalter unserer Organisation angehören und auf folgende Jubiläen zurückblicken können: Wilhelm Fuchner, Paul Kühnel und August Jaroschewitz geborenen 30 und Otto Heinrich, Anton Hammerschmidt und Günther Dittmann 25 Jahre dem Verbands an. Die sechs Erstgenannten sind Dreher, der letztere Formgießer. Die Zahlstelle wünscht, die oben Genannten möchten noch viele Jahre in unserer Mitte wirken und die jüngeren Kollegen zu klassenbewußten Kämpfern erziehen, dann können wir ruhig in die Zukunft schauen. Den Jubilaren die besten Glückwünsche! Die Zahlstelle Teltow.

Veranstaltungsberichte. **Ludwigsburg.** Die gesamte Zahlstelle Ludwigsburg protestiert aufs entschiedenste gegen die Ausschüsse der Kollegen Schlater und Gen. Wir sprechen Euch die Fähigkeit und demzufolge das Recht ab, derartige Entscheidungen zu treffen. Wir verlangen die sofortige Wiederaufnahme der ausgeschlossenen und Einberufung des außerordentlichen Verbandstages. Mit solch verblendeter Führung können wir nicht noch ein Jahr warten. Die Zahlstelle Ludwigsburg. W. Franke **Anmerkung des Redakteurs:** Das ist der 3. von den bestellten Protesten. Seine Fassung und sein Inhalt zeigen, daß die geistigen Unterlagen für den ganzen Proletenratum fehlen. Wer seine Klüppelhaftigkeit zum Gaudium der Gegner so zur Schau stellen muß, kann sich auf Recht wohl nicht stützen. Töne allein sind noch keine Musik.

Literarisches. **Edo Zinnen: Vereinigte Staaten Europas oder Europa A.-G.** Verlag: Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena. Preis: 1,80 Goldmark. Der eigenartige Titel dieses Buches ist der Spiegel unserer Wirklichkeit, da die Vereinigten Staaten von Europa sich nicht bilden ließen als eine föderation demokratischer Gemeinschaften mit Volksherrschaft, sondern als eine geheime, aber außerordentlich wirksame Herrschaft einer internationalen Vereinigung von Konzernen. Hat auch das Weltkapital keine offiziell goldene Internationale, so bestehen unter den sich ständig ausbreitenden Kapitalfaktoren Riesenorganisationen, so viel privatwirtschaftliche Interessensverbindungen und so viel große Gemeinschaftlichkeiten, daß man ohne Ueber-treibung heute von einer Europa-A.-G. sprechen kann. Den Beweis hierfür erbringt Zinnen in seiner außerordentlich materialreichen, aber durchaus nicht langweiligen Schrift. Darin besteht ihr besonderer Wert, daß sie geschrieben ist von einem Gewerkschaftler, der als Sekretär der Transportarbeiter-Internationale sowohl einen Ueberblick hat über die internationale Gewerkschaftsbewegung, als auch als Vertreter des Verkehrs-gewerbes schon von Berufs wegen sich um die wirtschaftlichen Weltvorgänge kümmern muß. Dieses Buch ist dabei durchaus gemeinverständlich geschrieben. Es ist nicht nur eine Materialsammlung, sondern Edo Zinnen unterucht in den Schlussabschnitten die veränderte Frontstellung des Weltkapitals sowohl im allgemeinen Wirtschaftskampf, als auch im Massenkampf gegen das Weltproletariat. Die neue Methode dieses Kampfes, die kolossalen Umschichtungen der Wirtschaft nach der Revolution werden von Zinnen entwicklungs-geschichtlich beleuchtet und erklärt. Daraus ergibt sich für ihn eine Reihe wichtiger Lehren für den internationalen Gewerkschaftskampf. Zinnen zeigt, daß der wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse in Angriff und Abwehr sich die in veränderten Verhältnissen anpassen muß; er beweist, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht bei den Methoden der Vorkriegszeit stehen bleiben dürfe, sondern sich immer mehr internationalisieren muß. Zinnen macht dann praktische Vorschläge über eine Anpassung und Umgestaltung der heutigen nationalen und internationalen Arbeiterbewegung, um den neuen Aufgaben gerecht zu sein. **Der Stern.** Soeben ist das erste Heft des neuen „Stern“ (Sozialistische Rundschau) erschienen, dessen Schriftleitung Fritz Ebert jr., der Sohn des Reichspräsidenten, übernommen. Ernst Niecklich wird regelmäßig die einleitenden Aufsätze beisteuern. Wilhelm Pieck, der alte Vorkämpfer der deutschen Sozialdemokratie und ehemalige württembergische Staatspräsident, liefert diesmal einen sehr zeitgemäßen Beitrag, der sich an die demokratischen Elemente in Frankreich wendet und sie an die große Zeit der französischen Demokratie erinnert. Edwin Barth erklärt den Reparationsplan der Sachverständigen. Albert Falkenberg, der vielgenannte Führer des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, verbreitet sich über die Bedeutung des neuen Reichstages für die Beamtenschaft; der sächsische Polizeibefehlshaber Hermann Schüßinger hat sich die Wehrpolitik der Sozialdemokratie zum Thema gewählt. Briefe an den „Stern“, eine satirische Zeichnung, feuilletonistische Beiträge und kurze Notizen ergänzen den Inhalt des ersten Heftes des neuen „Stern“, das zum Preise von 25 Pf. in allen Städten zu erwerben ist. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich für 13 Hefte 2,50 Mk. Probehefte kostenlos durch alle Buchhandlungen und durch den Verlag des „Stern“, Berlin W. 35, Karlsbad 4.

Adressenänderungen.

Ludwigstadt (Oberfranken). Die Zahlstelle Steinbach am Wald wurde nach Ludwigstadt verlegt. Vorl.: Josef Muth, Abgießer, Ludwigstadt, Lauensteinerstr. 19b; Schriftf.: Alfons Schnappauf, Maler, Steinbach a. Wald 43; Kassierer: Ludwig Aug. Gläbrenner, Ludwigstadt, Rehlbacherstr. 199; Rev.: Johann Schleicher, Maler, Steinbach a. Wald, und Ferdinand Groß, Maler, Ebersdorf.

Schney. Die Zahlstelle Schney ist ab 1. 7. 24 der Zahlstelle Coburg angegliedert. Alle Aufträge für Schney sind an Ernst Dalibor, Coburg, Volkshaus, Zubenstraße 5, zu richten.

Wittenberg. Vorl.: Paul Morthe, Einrichter, Klein-Wittenberg, Grünstr. 67.

Veranstaltungs-Anzeigen.

Berlin-Charlottenburg. Branchenversammlung der Galanteriemaler am Dienstag, den 5. August, abends 8 Uhr, und Emaillemaler am Donnerstag, den 7. August, abends 8 Uhr, im Bureau, Raunynstr. 85, Schilbermalers Dienstadt, den 12. August, abends 5 Uhr, bei Wollschläger, Ubalberstraße.

† Sterbetafel †

Eisenberg. Juliane Madranowska, Masarerin, geboren am 31. 12. 1882, gestorben an Magenleiden. Organisiert seit 1918.

Böhmed. Karoline Schuchardt geboren am 22. 8. 1873, gestorben an Gasvergiftung. Organisiert seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Geschäfts-Anzeigen.

Offertiere nach überwund. Inflation wieder prima Benghaß Hymocalschwämme, groß und mittel, das kilo 80,— bis 150,— Goldmark; billige Hymocca, in allen Größen sortiert, das kilo 24,— G.-Mk., kleine u. mittlere Levantiner, Gasur- u. Garnierungschwämme, das kilo 50,— G.-Mk., feinste größere Levantiner, das kilo 80,— bis 150,— G.-Mk., echte große prima Levantiner „Elefantenhorn“, das kilo 2—300 G.-Mk., faustgroße, weiche prima Reef (auch f. Druckereien geeignet), das kilo 60,— G.-Mk., Reef od. Hardehschwämme, sort. Größen, b. kilo 35,— G.-Mk., Pferdechwämme, faust- bis kopfgroß, p. Stk. 1.— b. 5.— G.-Mk. S. Mithellohn, Schwammgroßhandlung, Berlin G. 25, Prenzlauerstr. 41

Gewerkschafts-Zeitung

Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Redakteur: Paul Umbreit

Unterrichtet wöchentlich über die Ereignisse in der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und im Ausland. Sie ist als Fortsetzung des „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, die Zeitung der Gewerkschafter und der Sozialpolitiker. Kein Arbeiter oder Angestellter sollte versäumen, neben der Zeitung seines Verbandes umgehend das Abonnement bei seinem Postamt aufzugeben

Preis monatlich 40 Pfennige

Probenummern stehen kostenlos zur Verfügung und sind anzufordern bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6

Arbeitsmarkt.

Lebiger Modelleintrichter und Abgießer, welcher in kleiner Fabrik auch sämtliche Modellearbeiten erledigt hat, sucht entsprechende Stellung. Zuschriften unter „S. 104“ an die „Ameise“ erbeten.

Junger, verheirater, lebiger Gießer, in allen vorkommenden Arbeiten bewandert, sucht Stellung. Angebote werden unter „S. 102“ an die „Ameise“ erbeten.

Junger, lebiger Maler, bewandert in Hand, Wand, Glasfuge, Stempel, Fondsprizen und Drucken, sucht Stellung. Angebote unter „S. 103“ an die „Ameise“ erbeten.

Tüchtiger junger Dreher, der für einwandfreie Brände garantiert, sucht Stellung. Angebote unter „S. 105“ an die „Ameise“ erbeten.

Einrichter und Formgießer

für figürlichen Luxus für sofort gesucht. Angebote unter „136“ an „Die Ameise“ erbeten.

Inferate im Arbeitsmarkt der „Ameise“ werden

spottbillig berechnet und haben den größten Erfolg.

Tüchtigen Schablonenschneider (138) stellen sofort ein. Steingutfabriken Velten-Vordamm G. m. b. H. Velten (Mark)

Tüchtiger lebiger Schleifer (139) für Gebrauchsgeschirr zum baldigen Antritt gesucht. Zevener Porzellanfabrik E. & C. Carstens Zeven, Bez. Bremen.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Kenninger, Charlottenburg, Brädelstraße, Neubau. — Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Brädelstraße, Neubau. — Druck: E. Janiszewski, Berlin SO., Filialbühner 23 29.